

1391/AB XXI.GP
Eingelangt am: 19.12.2000
BM für öffentliche Leistung und Sport

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Terezija Stoisits und Genossen haben am 19. Oktober 2000 unter der Nr. 1404/J an mich eine schriftliche Parlamentarische Anfrage betreffend „Beratungsstelle des Bundes für Fragen der Sicherung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der MitarbeiterInnen im Öffentlichen Dienst“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1:

Welche konkreten Angebote bietet der Bund zur Bezahlung von MitarbeiterInnen im Öffentlichen Dienst in Fragen der Sicherung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der MitarbeiterInnen?

Zu Frage 1:

Für die leistungsgerechte Entlohnung der Beamten und Vertragsbediensteten des Bundes stehen vor allem ausdifferenzierte Besoldungssysteme mit einem auf die jeweiligen Arbeitsplätze abgestimmten Zulagensystem zur Verfügung, welche die für die geforderten Arbeitsergebnisse unerlässliche Motivation und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherstellen sollen.

Frage 2:

Welche Erfahrungen konnten Sie mit der Tätigkeit der Beratungsstelle der Verwaltungsakademie des Bundes in Wien (siehe beigelegten Artikel) seit Einrichtung der Stelle sammeln?

Zu Frage 2:

Die „Beratungsstelle für Bundesbedienstete“ wurde 1997 faktisch als Anlaufstelle für verschiedenste Probleme am Arbeitsplatz mit Schwerpunkt im Wiener Raum eingerichtet. Sie beschäftigt sich mit Problemen, welche sich unmittelbar oder mit ihren Folgen auf den Arbeitserfolg auswirken (zB Konflikte am Arbeitsplatz, Mobbing, Alkoholismus). Ob durch die Tätigkeit der Beratungsstelle eine Steigerung der Arbeitszufriedenheit, der Leistungsfähigkeit sowie der Loyalität zum Arbeitgeber erreicht werden konnte, bedürfte genauerer Untersuchungen, die bislang nicht vorliegen.

Frage 3:

Wie war die Entwicklung der Beratungstätigkeit in Bezug auf die Anzahl der Beratungsfälle?

Zu Frage 3:

Eine Entwicklungstendenz lässt sich nur im Hinblick auf die Gesamtzahl der Beratungsfälle nachzeichnen. So wurde für die Jahre 1998 bis 2000 eine stetige Zunahme der Beratungsfälle verzeichnet (1998: 607, 1999: 641, 2000 bis inkl. Sept.: 572). Eine genauere Darstellung der Entwicklung kann nicht vorgenommen werden, da nur für das Jahr 1999 eine detaillierte Übersicht der Beratungsfälle vorliegt.

Darüber hinaus finden im Rahmen der Beratungsstelle Praxisberatungsgruppen und Supervisionsgruppen statt, an denen im Jahr 1999 209 Personen teilgenommen haben.

Frage 4:

Welche Maßnahmen wurden ihrerseits zur Information der Mitarbeiterinnen im Öffentlichen Dienst über die Arbeit und die Angebote der Beratungsstelle konkret gesetzt?

Zu Frage 4:

Zur Information über die Beratungsstelle werden Informationsfaltblätter und Plakate sowie die Programmbroschüre der Verwaltungsakademie, das Internet (www.vab.ac.at) und das Intranet des Bundes eingesetzt.

Frage 5:

Wie hoch sind die Kosten der Beratungsstelle jährlich?

Zu Frage 5:

Die Kosten der Beratungsstelle für das Jahr 1999 beliefen sich auf rund S 1,4 Mio. Dieser Betrag umfasst anteilige Personal - und Infrastrukturkosten sowie die Beratungs - und Vortragshonorare für die Berater und Beraterinnen (Ärzte, Psychologen, Psychotherapeuten und Sozialarbeiter).

Frage 6:

Welche Pläne gibt es ihrerseits bezüglich Ausbau des Beratungsangebotes für MitarbeiterInnen und Vorgesetzte im Öffentlichen Dienst besonders hinsichtlich des durch Personaleinsparungen drastisch wachsenden psychosozialen Drucks auf die Bediensteten und die dadurch entstehenden Effizienzverluste?

Zu Frage 6:

Die Frage, in welchem Umfang ein flächendeckendes Beratungsangebot künftighin für den gesamten Bundesdienst angeboten werden soll, wird im Rahmen eines von mir eingesetzten Verwaltungsakademie - Reorganisationsprojektes zu behandeln sein.